

Politischer Kurzbericht

**Die NRW-Wahlen und die Folgen –
Reaktionen in Rumänien**

von

Dr. Günter W. Dill / Georgeta Voinea

Außenstelle Bukarest der Konrad-Adenauer-Stiftung

Bucharest, 31 Mai 2005

Reaktionen auf die NRW-Wahl und die Ankündigung vorgezogener Wahlen zum deutschen Bundestag kamen wegen einiger brisanter innenpolitischer Themen in Rumänien erst in der zweiten Hälfte der vergangenen Woche in die Medien. Dabei war vielen Kommentatoren anfangs noch gar nicht klar, dass zwischen dem Ende der rot-grünen Koalition, den Neuwahlen, einer möglichen Koalition von CDU/CSU und FDP und dem EU-Beitrittsprozess Rumäniens und Bulgariens durchaus ein Zusammenhang bestehen könnte.

Vor dem Hintergrund der Tatsache, dass die 2004 abgewählte Regierung Nastase in ihrem Beitrittsanliegen auf die Unterstützung des EU-Erweiterungskommissars *Günter Verheugen* und – nach vielen positiven Äußerungen von Bundeskanzler *Schroeder* zum rumänischen Beitrittsdatum 2007 – auch der deutschen Regierung hoffen konnte, haben die kritischen Kommentare von deutschen MdEPs sowie weiteren Parlamentariern und Landespolitikern der vergangenen Woche zwar Irritationen in der rumänischen Öffentlichkeit verursacht, die aber dennoch in ihrer überwiegenden Mehrheit auf einen positiven Ausgang der Ratifizierungsprozesse für die Verträge mit Rumänien und Bulgarien in den 25 Mitgliedsstaaten zu setzen scheint.

Gleichwohl haben neben Präsident *Traian Basescu* die führenden Politiker der aktuellen Regierungskoalition (u.a. Ministerpräsident *Tariceanu*) angesichts der Warnungen aus

Brüssel zugesichert, die eingegangenen Verpflichtungen in Sachen

- Rechtsstaatlichkeit,
- Korruptionsbekämpfung,
- Medienfreiheit,
- Minderheitenschutz etc.

strikt einzuhalten und in konkrete Praxis umzusetzen, um die sonst drohende Anwendung der Safeguard-Klausel (= Verschiebung des EU-Beitritts um ein Jahr auf 2008) zu vermeiden.

Der seit der Ankündigung von Bundestagswahlen im Herbst auch in den rumänischen Medien durchaus als wahrscheinlich angesehene Regierungswechsel in Deutschland hin zu einer CDU/CSU-FDP Koalition haben nun allerdings die Sorgen um die Ratifizierung des rumänischen Beitrittsvertrags im Deutschen Bundestag in beträchtlichem Masse erhöht. Dabei wurde der negative Ausgang des französischen Referendums über die europäische Verfassung und seine Rückwirkungen insbesondere auch in Deutschland als zusätzliches Erschwernis empfunden.

In den frühen Pressekommentaren wurde insbesondere auf Äußerungen von *Jürgen Rüttgers* Bezug genommen, der in seinem Wahlkampf auch die Verschiebung des EU-Beitritts Rumäniens und Bulgariens mit der Begründung gefordert habe, dass Deutschland keine weitere EU-Erweiterung nach Osten mehr finanzieren könne. *Angela Merkel* und *Edmund Stoiber* wurden mit dem Hinweis auf die ausgebliebenen Reformen in Rumänien und damit die Gefahr einer Überschwemmung des deutschen Arbeitsmarkts mit billigen Arbeitskräften zitiert.

Während mit Blick auf die bei vorgezogenen Bundestagswahlen zu erwartenden Kräfteverschiebungen zugunsten der Unions-Parteien mit einer nachlassenden Unterstützung des EU-Beitritts Rumäniens gerechnet wird, versucht nun seinerseits Europaminister *Ene Dinga*, Befürchtungen in dieser Richtung insofern abzuschwächen, als er darauf hinweist, dass der Ratifizierungsprozess nicht unter Zeitdruck stehe und allemal noch rechtzeitig vor Ende 2006 abgeschlossen werden könne.

Für erhebliche Irritationen in den Medien sorgte freilich ein über die Presseagentur Romy verbreitetes BLOOMBERG-Telefoninterview des europapolitischen Sprechers der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, *Peter Hintze*, zu den Zielen einer christdemokratisch geführten Bundesregierung in der Beitrittsfrage: „Unsere Position ist klar: die Aufnahme von Bulgarien und Rumänien muss ausgesetzt werden, wenn die Franzosen ‚Nein‘ [zur europäischen Verfassung] sagen“. Die Vizepräsidentin des Deutschen Bundestags, *Susanne Kastner* (SPD), wertete diese Äußerungen bereits als Wahlkampfgeplänkel; die SPD unterstütze auch weiterhin den Beitritt Rumäniens zum 1.1.2007.

Die rumänische politische Klasse zeigte sich demgegenüber wesentlich weniger beunruhigt. Präsident *Basescu* sieht keinen Zusammenhang zwischen den Kräfteverschiebungen in Deutschland und dem angestrebten EU-Beitritt Rumäniens. Im übrigen habe das Land nach der Zustimmung des Europäischen Parlaments einen international gültigen Vertrag unterzeichnet, der alle Partner binde.

Auch die Sprecherin der rumänischen Regierung vermied es, eine direkte Beziehung zwischen dem EU-Beitritt und dem Ausgang des französischen Verfassungs-Referendums herzustellen.

Der Chefunterhändler der früheren Regierung Nastase für den EU-Beitritt Rumäniens, *Vasile Puskas*, zeigte sich ebenfalls optimistisch und gab lediglich zu bedenken, dass die französische Ablehnung des Verfassungsvertrags nur dann zu Turbulenzen führen könnte, wenn nunmehr von anderen EU-Mitgliedern Modifizierungsanträge in bezug auf das Verfassungswerk formuliert würden.

Breiten Raum in der Berichterstattung nahmen auch die Verlautbarungen aus Brüssel ein, die vor einer Blockade des EU-Beitritts durch Nichtratifizierung im Deutschen Bundestag warnten. Deutschland sei „mit der Unterzeichnung der EU-Beitrittsverträge Bulgariens und Rumäniens im letzten Monat die eindeutige Verpflichtung eingegangen, die Frist und Bedingungen zu akzeptieren, wonach die beiden Länder der Europäischen Union beitreten können“ – so die vielzitierte Äußerung der Sprecherin des Kommissars für die EU-Erweiterung, *Krisztina Nagy* auf einer Pressekonferenz.

Eine Woche nach der NRW-Wahl und ihren Folgen konzentrierte sich die rumänische Presse immer stärker auf die vermeintlich wirklichen Motive des deutschen Widerstands gegen den rumänischen EU-Beitritt: angesichts der schwierigen wirtschaftlichen Lage und der hohen Arbeitslosigkeit in Deutschland seien die Ängste vor dem EU-Beitritt von zwei weiteren Ländern in Südosteuropa (und später vielleicht noch der Türkei) leicht zu mobilisieren.

In anderem Zusammenhang wurde auch die Hypothese verbreitet, die jüngsten Annäherungen der mitregierenden Demokratischen Partei (PD) an die EVP seien tatsächlich ein Ergebnis der strikten CDU-Haltung zur rumänischen EU-Integration, um auf diese Weise durch die Wandlung der Partei zu einer „Volkspartei“ die Akzeptanz Rumäniens in der deutschen Öffentlichkeit zu stärken und darüber hinaus auch die Beziehungen zur CDU zu erleichtern.

Impressum:
Konrad Adenauer Stiftung e.V.
Aussenstelle Bukarest
Inhaltlich verantwortlich:
Dr. Günter W. Dill
Design und Umsetzung
Georgeta Voinea
Postanschrift:
Str. Sf. Elefterie nr.27,
050524 Bukarest, Sektor 5
Tel: 021-4108235,
Email: office@kas.ro
www.kas.ro